

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Wegweiser
Die Redaktion der Dresdner Nachrichten ist ab dem 1. Dezember 1907 an die neue Adresse: Nachrichten Dresden, Grönprediger Nr. 11 und 2006.

Wegweiser-Zettel
Wegweiser-Zettel sind ab dem 1. Dezember 1907 an die neue Adresse: Nachrichten Dresden, Grönprediger Nr. 11 und 2006.

Wegweiser-Zettel	Wegweiser-Zettel	Wegweiser-Zettel	Wegweiser-Zettel
Elektr. Zimmerbeleuchtung mittels Akkumulatoren.	Elektr. Zimmerbeleuchtung mittels Akkumulatoren.	Elektr. Zimmerbeleuchtung mittels Akkumulatoren.	Elektr. Zimmerbeleuchtung mittels Akkumulatoren.

Rodelschlitten, Schneeschuhe
Warme Loden-Bekleidung, Leder-Bekleidung
praktische Weihnachtsgeschenke
Jos. Flechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23.

Biesolt & Lockes
Meissner Nähmaschinen
haben Weltruf
Haupt-Niederlage bei
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstrasse 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Heinrich Meyers
Medizinal-Lebertran-Emulsion
unter Zusatz der Hypophosphite von Kalk, Kali und Natron.
Marke „Mutter Anna“. Flasche 2 Mk. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter** Durch Umbau ganz bedeutend vergrößert. **26 Prager Strasse 26.**

Für eilige Leser.

Kutmaßliche Witterung: Vormiegend trübe mit Nebelschlägen, Südwestwind, später kälter.
Die **Wahlrechtsdebatte** im Landtag wurde gestern beendet.
Die **freikonservative Gruppe** ließ gestern im Landtag eine Erklärung verlesen, die das Fortbestehen der Gruppe innerhalb der konservativen Fraktion konstatiert.
Der Kaiser ernannte den Redakteur des „Klabberadatsch“ **Johannes Trojan**, der bekanntlich früher einmal wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden war, zum Professor.
Offiziell wird eine **Erhöhung der Einkommen- und Ergänzungssteuer** in den Einzelstaaten in absehbarer Zeit angekündigt.
Die „Süddeutsche Reichskorresp.“ wirft der ultramontanen „Alln. Volksz.“ wegen ihres Vorgehens gegen den Reichsfanzler **Verrohung** unserer politischen Sitten vor.

Aus Anlaß des bevorstehenden 60. Regierungsjubiläums des Kaisers **Franz Joseph** sind für 1908 große Festlichkeiten in Wien geplant.
In **Petersburg** wurde eine weitverzweigte **Verzweigung** entbedt.
Gestern begann in Petersburg der **Hochverrats-Prozess** gegen die sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma.
Die „Patrie“ hat auf ihrem Fluge in England zweimal den Boden berührt und **Maschinenteile** verloren.
Der Erbhof **Erasmus** von Erbach-Erbach wurde in München beschlagnahmt und nach einem verzweifelten Fluchtversuch nach der **Zrenanast** Altwieser übergeführt; sein Rechtsanwalt betreibt seine Freilassung.

Die Krise im Bloß.

Ueber Nacht ist's Ernst geworden mit der Krise im Bloß, so ernst, daß der Reichsfanzler sich veranlaßt sah, mit seinem Rücktritt zu drohen, falls die gegenseitige Beschuldigung innerhalb der Bloßparteien und die scharfen Angriffe gegen die Regierung nicht aufhören sollten. Es ist gut gewesen, daß **Herr Bülow** energisch zugegriffen und von den Bloßparteien eine volle Vertrauensfundgebung verlangt hat, denn so wie in den letzten Tagen konnte es unmöglich weitergehen. Die Stimmung im Reichstage war mit Explosivstoffen aller Art so geladen und die parlamentarischen Ereignisse hatten sich in jüngster Zeit dermaßen angeheizt, daß eine Katastrophe zu befürchten war. Um ihr und damit dem Zerfall des Bloß im Reichstage vorzubeugen, hat der Reichsfanzler schnell und klug gehandelt. In der Tat muß es jedem vernünftigen Politiker als anstößlich erscheinen, die Regierung- und parlamentarischen Geschäfte im Sinne der am 18. Dezember vorigen Jahres inaugurierten Politik weiter fortzuführen, wenn nicht alle beteiligten Faktoren bestrebt sind, das Gegensätzliche soweit als möglich zurückzutreten zu lassen, oder, wenn Auseinandersetzungen nicht zu vermeiden sind, sie wenigstens durch eine tonisierende Tonart zu mildern. Das gerade Gegenteil dieser so selbstverständlichen Forderung hat sich bei den letzten Verhandlungen im Reichstage gezeigt: Kritik und Polemik nahmen besonders auf nationalliberaler Seite leidenschaftliche Formen an, die an Schärfe kaum noch überboten werden konnten, ohne in massive Grobheit zu verfallen. Doch demgegenüber dem Schöpfer des nationalen Reichstagsbloßes der Geduldshoden riß, ist nicht verwunderlich, denn die Kanalerität des Fürsten **Bülow** ist seit den letzten Reichstagswahlen einig und allein von der konservativ-liberalen Mehrheit getragen; verlagert diese, fällt der Bloß auseinander, so muß auch der Kanzler als „Mann von Ehre und Reputation“ sein Amt niederlegen, hat er doch noch jüngst gesagt, man dürfe von einem Zerfall des Bloßes nicht sprechen, ohne ihn dabei zu nennen. Wer wollte ihm auch zumuten, nach allem, was vorgefallen, wieder mit dem Zentrum zusammenarbeiten zu müssen? Mit dem Zentrum, das ja kein Neht daraus macht, daß seine Hauptaufgabe sei, den Kanzler so schnell als möglich zu stürzen. Hätte **Herr Bülow** jetzt seine Entlassung nehmen müssen, weil die Bloßparteien schmähslich verlagert, er hätte einen überaus ehrenvollen Abgang im Urteil des deutschen Volkes gehabt; seit Inaugurierung der nationalen, konservativ-liberalen Bloßpolitik, seit der letzten Abgabe an die ehemals regierende Partei hat der Kanzler die überwiegende Mehrheit der Deutschen fest und geschlossen hinter sich und nie hätte man begreifen können, daß der um die **Wahngene** Jahreswende hoffnungsvoll

und kraftvoll einsetzende Aufschwung so bald und so plötzlich im Sande verlaufen würde. **Bülow's** Position ist also hart und sie mußte noch gefestigter erscheinen, weil, soweit sich überlegen läßt, kein vollwertiger Ersatz für ihn vorhanden ist. Diesen nüchternen Erwägungen haben sich denn auch die Bloßparteien nicht verschlossen und sind auf der Einsicht gekommen, daß das deutsche Volk eine Berechtigung hat, von der Partei aus bestimmte zu verlangen, nicht aus kleinlicher Eigenbrödelerei und Empfindlichkeit die großen Interessen des Vaterlands aufs Spiel zu setzen; sie haben gestern einmütig von den Konservativen bis zu den Freisinnigen dem Kanzler die verlangte Vertrauensfundgebung votiert und daran die Versicherung geknüpft, künftig alles vermeiden zu wollen, was die Gegensätze innerhalb des Bloßes und zwischen diesem und der Regierung unheilvoll verschärfen könnte.

Damit ist die jäh hereinbrochene Krise glücklich überwunden; ob nur vorläufig oder endgültig, wer will es sagen? Fragt man nämlich nach den Gründen für die eben ausgeglichene Spannung, so muß man zwischen chronischen und akuten unterscheiden. Die letzteren liegen in gewissen Verstimmungen und Reibereien hinüber und herüber; jede Partei im Bloß hält sich — menschlich und politisch-taktisch sehr leicht verständlich — für die „Hauptperson von's Ganze“, um mal vulgär zu sprechen. Darin taten sich besonders Nationalliberale und Freisinnige hervor: diese begehrten sich mit Empfinden als „das Jünglein an der Wage“ und jene verkündeten bereits vor Zusammenritt des Reichstags, sie seien der eigentliche „Kern“ des Bloßes. Die Konservativen verhielten sich zurückhaltender, waren aber etwas verschüppelt, und nicht ganz ohne Berechtigung. Man konnte nun gespannt sein, wie besonders die Nationalliberalen die Wichtigkeit ihres Ausspruchs durch die parlamentarische Betätigung erhärten würden. Leider kann selbst der wohlwollendste Beurteiler ihnen in dieser Hinsicht kein günstiges Zeugnis ausstellen; gerade sie haben die eben überhandene Krise in der Hauptsache heraufbeschworen; statt zwischen rechts und links zu vermitteln, statt der Regierung zu helfen, die unvermeidbaren Gegensätze bei der konservativ-liberalen Paarung zu überbrücken, haben sie die schärfste Tonart angeklungen, von der ersten Reichstagsrede **Baßermann's** bis zu **Paasche's**. . . Hat also während der Staatsverhandlungen der nationalliberale „Kern“ ausgehend in der Mitte der konservativ-liberalen Paarung gestanden, hat er nach rechts und nach links hin diejenige zusammenhaltende Anziehungskraft ausgeübt, die er als „Kern“ hätte beweisen müssen? Wir müssen antworten: Nein! Wenn wir diese freimütige Kritik hier laut werden lassen, so geschieht es lediglich, weil wir von der Wichtigkeit einer richtigen Taktik der nationalliberalen Partei für den Zusammenhalt des Bloßes ernsthaft überzeugt sind und deshalb nur wünschen können, daß derartige Fehler wie bisher künftighin im Interesse dieser hervorragend nationalen Partei ebenso wie im Interesse der Bloßpolitik und damit des ganzen Reiches vermieden werden. Es scheint überhaupt augenblicklich eine gründliche Zerfahrenheit in der Partei zu herrschen. Der radikale Jungliberalismus ist leider nicht ohne ungünstigen Einfluß geblieben und die beiden Staatsredner **Baßermann** und **Paasche** haben in Tonart und oppositionellen Mäuren den Freisinn fast überboten. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Schuld allein die Nationalliberalen trifft, auch die Freisinnigen haben reichlichen Anteil daran, und die Konservativen hätten ebenfalls eine gute Portion mehr an besserem Willen zur Verständigung und manchmal größeres Entgegenkommen zeigen können. Diese ewigen Reibereien führten am Dienstag zum Knalleffekt, den der nationalliberale Abgeordnete **Dr. Paasche** provozierte. Trotzdem es uns schwer fällt, diese ungewöhnlich leidenschaftlichen Angriffe auf den preussischen Finanzminister und den Kriegsminister von Einem mit persönlichen Motiven in Verbindung zu bringen, müssen wir doch darauf hinweisen, daß **Dr. Paasche** derjenige nationalliberale Abgeordnete ist, dem allgemein gewisse Aspirationen auf hohe Regierungshochämter nachgesagt worden sind, die aber bislang unerfüllt geblieben sind. Wäre da nicht eine leichte Antipathie gegen den Reichsfanzler erklärlich? Jedenfalls hat **Herr Paasche** mit seinen Ausfällen gegen den Kriegs- und Finanzminister offenbar den letzten entscheidenden Anstoß zur pessimistischen Auffassung von der Lage gegeben.

dem Monarchen, sondern dem Reichsparlamente stellte, mit einem vollen Vertrauensvotum für seine Person und Politik seitens der Mehrheitsparteien beantwortet worden. Das **Indianergeheul**, das die Antilibloßparteien anstimmten, als sie sich in ihren Hoffnungen auf Sprengung des nationalen Bloßes — scheinbar so nahe der Verwirklichung — getäuscht sahen, zeigt deutlich, welche Gefahr damit befehligt ist. In der Tat ein unerträgliches Gedanke, daß die Ultramontanen und Sozialdemokraten jemals wieder wie früher die Hände bekommen könnten! Fragt sich nur, ob die neu erzielte Einigkeit von Dauer sein wird. Wir erwähnten vorhin, daß es neben den akuten auch noch dauernde, chronische Fragen gäbe, die den Bestand des Bloßes gefährdeten: dazu rechnet zuerst in erster Linie die **Reichsfinanzreform**. Hier stehen sich die Geister allerdings mit solcher Schroffheit gegenüber, daß nicht abzusehen ist, wie eine Einigung erzielt werden könnte. Die Regierung und die Konservativen lehnen jeden Eingriff des Reiches ins direkte Steuergebiet ab, da es den Einzelstaaten überlassen werden müßte — die Liberalen und Freisinnigen befürworten umgekehrt gerade direkte Reichssteuern, da es nach ihrer Meinung schon allzuviel indirekte gäbe. Da **Herr von Stengel** die neuen Steuerentwürfe für Januar nächsten Jahres angekündigt hat, so droht hier eine neue und noch schwerere Krise in allernächster Zeit. Wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, dürfte sich Anfang nächsten Jahres das **Geschick des Reichstagsbloßes** endgültig entscheiden und gleichzeitig die Würfel darüber fallen, ob **Bülow** bleibt oder geht. Die Nationalliberalen in ihrer Mehrheit möchten gar zu gern den preussischen Finanzminister von **Rheinbaben** stürzen, in dem sie den Hauptwiderstand gegen direkte Reichssteuern wittern. Sehen sie denn nicht, daß alle Bundesstaaten dagegen sind, daß es sich also nicht um einzelne Männer handelt, sondern um ein Prinzip? Hat nicht noch jüngst **Dr. von Hüger** auf bestimmte im sächsischen Landtage erklärt, daß der Bundesrat geschlossen gegen direkte Reichssteuern sei? Mit den Tatsachen müssen sich Realpolitiker abfinden, das sollten sich Liberaler wie Freisinnige selber sagen: es nützt doch in aller Welt nichts, gerade wegen der Finanzreform den Bloß zu sprengen, denn ob **Herr Bülow** Kanzler ist oder ein anderer, der Widerstand aller Einzelstaaten gegen Einführung direkter Steuern wird in alle Zukunft der gleiche bleiben. Nur eins verheißt wir andererseits im Verhalten der Reichsregierung nicht, daß sie sich so beharrlich weigert, z. B. die **Wegsteuer**, die sicher hohe Erträge bringen würde, zur Vorlage zu bringen. War Ende vorigen Jahres der politische Himmel in Aufklärung begriffen zur Freude des deutschen Volkes, so hängt jetzt wieder schweres Wettergewölk am Horizont. Was wird das Ende sein? . . .

Neueste Drahtmeldungen vom 5. Dezember.

Die Ueberwindung der Krise.
Berlin. (Privat-Tele.) Der heutigen Sitzung des Reichstags wurde im Publikum wie in Abgeordnetentreiben mit Spannung entgegensehen, obgleich nach Bekanntwerden der getriggen Beschlüsse der Fraktionen des Bloßes eine Ueberwindung nicht zu erwarten war. Das Haus sowohl wie die Tribünen waren dicht besetzt, ebenso der Bundesratsitz. Hier blieb allerdings der Platz für den Klassenreißer leer. Geschäftliche Mitteilungen lagen nicht vor, und so wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten; Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1908 nebst Anlagen. „Das Wort hat der **Herr v. Normann**.“ **Herr v. Normann** nahm aber nicht das Wort zum Etat, sondern, um namens der konservativen Fraktion und zugleich im Namen der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschen Reformpartei die Erklärung zu gunsten der Bloßpolitik und die Vertrauensfundgebung für den Reichsfanzler abzugeben. Die Erklärung wurde ohne Unterbrechung angehört, und die Beifallsäußerungen der Bloßparteien wurden durch keine Gegenemonstrationen unterbrochen. Das änderte sich indes, als die Abgeordneten **Baßermann** und **Dr. Wiemer**, ersterer für die Nationalliberalen, letzterer für die drei freisinnigen Parteien, ihre Erklärungen abgaben. Als **Baßermann** auf die bei den Neuwahlen vom Volke gutgeheißene Politik hinwies, erhob sich bei den Sozialdemokraten, den Polen und im Zentrum ein wahres **Indianergeheul**, das sich noch viel wilder und wüster während der kurzen Rede des **Herrn Wiemer** wiederholte, sodas der Redner abschließend eine Zeilung einhalten mußte, da es auch dem Präsidenten, **Grafen Stolberg-Wernigerode**, zunächst nicht gelang, Ruhe zu schaffen, mit welcher Wucht er auch die Bloße schwang, sodas man befürchten mußte, sie werde seiner Hand enttrinnen und in den Saal fliegen, was ja nicht das erste Mal gewesen wäre. Der **Herr Graf** hielt diesmal aber fest. Als **Herr Wiemer** schloß, ging der heulende Lärm noch einmal los, aber schließlich legten die Beifallsrufe der Mehrheitsparteien. Dann bestieg aus dem Zentrum der **Mann im Barte**, **Herr Gröber**, die Tribüne und erwies sich — als der Situation